

6. Schlussbetrachtung

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war ein Missverhältnis zwischen der öffentlichen Diskussion über Populismus und dessen akademischer Erforschung: Während in den Medien und der Politik der zunehmende Erfolg populistischer, vor allem (radikal) rechter Parteien immer wieder mit verschiedenen Krisen und grundsätzlichen gesellschaftlichen Widersprüchen in Zusammenhang gebracht wird, hat die Populismusforschung nur wenig anzubieten, um diese verschiedenen Ursachenvermutungen gesellschaftstheoretisch zu reflektieren. Insbesondere die Rolle autoritärer Ideologie für den Erfolg populistischer Parteien bereitet den gegenwärtigen Theorien Schwierigkeiten, obwohl gerade diesbezüglich großer Erklärungsbedarf besteht. Denn die beachtliche Verbesserung der Wahlergebnisse populistischer Parteien in Europa geht überproportional auf die Stimmenzuwächse populistischer radikal rechter Parteien zurück.

Angesichts dieses Missverhältnisses fragte die Arbeit, wie prominente gegenwärtige Ansätze der Populismustheorie das Phänomen gesellschaftstheoretisch einordnen. Dafür wurden sie daraufhin untersucht, wie sie das Zusammenwirken von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie im Erfolg populistischer Parteien konzipieren. Im Fokus standen dabei problematische Vereinseitigungen, Verkürzungen oder Vereinfachungen. Die problematisierende Perspektive stützte sich neben der (potenziellen) Kritik der Ansätze aneinander auf Modelle gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien der Frankfurter Kritischen Theorie sowie der gramscianischen Hegemonietheorie Stuart Halls und der an sie anknüpfenden Theoretiker*innen. Die Kapitel zwei bis vier analysierten so Texte von Vertreter*innen des *ideational approach* (Cas Mudde, Cristóbal Rovira Kaltwasser, Jan-Werner Müller), der Cleavage-Theorien (einerseits aus der Politischen Ökonomie: Dani Rodrik, Philip Manow, Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn; andererseits aus der politischen Kulturforschung: Ronald Inglehart, Pippa Norris, Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier) sowie der Radikaldemokratie (Margaret Canovan, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe). Die dort herausgearbeiteten Probleme wurden im fünften Kapitel mit Modellen kritischer Autoritarismustheorien reflektiert. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Analyse und der Reflexion noch einmal zusammengefasst und es werden Schlussfolgerungen daraus gezogen.

Im zweiten Kapitel wurde das weithin anerkannte, ideologietheoretische Populismusverständnis des *ideational approach* untersucht. Im Zentrum dieses Ansatzes steht ein positivistischer, an Michael Freedon angelehnter Ideologiebegriff. Mit seiner Minimaldefinition populistischer Ideologieelemente bildet der *ideational approach* eine systematisierte Arbeitsgrundlage für die Forschung. Ihm zufolge zeichnet Populismus als Ideologie, d.h. als eine bestimmte Interpretation der sozialen und politischen Welt, aus, dass er den politischen Grundkonflikt in einer angeblichen Unterdrückung des moralisch guten, homogenen Volkes durch korrupte, ebenso homogene Eliten verortet und Politik ausschließlich als Ausdruck der Souveränität des Volkes für legitim hält. Diese Ideologie ist mit anderen beliebig kombinierbar. Zudem ist sie in der Bevölkerung weit verbreitet, Teile der politischen Elite hängen ihr ebenso an wie Teile der Massen.

Die Analyse hat allerdings deutlich gemacht, dass zwei Elemente dieser Minimaldefinition populistischer Ideologie insbesondere für populistische linke Parteien nicht allgemein zutreffen. Diese Parteien propagieren nicht notwendig Vorstellungen des Volkes und der Elite als homogene Gruppen, zudem sind sie nicht allgemein antipluralistisch ausgerichtet. Der *ideational approach* ist daher, entgegen seiner behaupteten Allgemeingültigkeit, implizit auf populistische radikal rechte Parteien gemünzt. Angesichts der vergleichsweise geringen politischen Bedeutung populistischer linker Parteien mag diese Verengung derzeit verschmerzbar erscheinen. Sie deutet jedoch auf ein größeres Problem hin: Der Preis für eine allgemeingültige Definition populistischer Ideologieelemente ist die Geringschätzung der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kontexte, in denen sie auftreten und eingesetzt werden. Populismus wird hier auf eine Einstellung reduziert, die unabhängig von ihrer spezifischen politischen oder emotionalen Funktion beschrieben wird. Damit legen Mudde und Kaltwasser sowie Müller nahe, die populistische Ideologie sei eine tatsächliche Überzeugung, und lassen strategische oder manipulative Verwendungen außer Acht. Entsprechend deuten sie die Praxis populistischer Parteien fast ausschließlich als Ausdruck oder Umsetzung dieser Ideologie.

Neben dem positivistischen Ideologiebegriff prägt auch ein spezifisch liberales Verständnis von Demokratie den *ideational approach*. Moderne Demokratie ist demnach nur als rechtsstaatlich verfasste und insbesondere nur als pluralistische Ordnung denkbar. Müllers Deutung dieses Pluralismus geht so weit, dass ihm jeder politische Rekurs auf »das Volk« – und damit natürlich jeder Populismus – als antidemokratisch erscheint, da damit die tatsächliche Vielstimmigkeit der Bevölkerung geleugnet werde. Demokratische Systeme spielen im *ideational approach* auch als Ursache für den Zulauf zu populistischen Parteien eine Rolle. Bestimmte Legitimationsprobleme, vor allem die Einhegung nationalstaatlicher Souveränität durch eine zunehmende Verrechtlichung gesellschaftlicher Streitfragen, die postpolitische Annäherung der großen Mainstream-Parteien und die Verlagerung politischer Gestal-

tungsmacht auf die supranationale Ebene werden als Treiber populistischer Wahlerfolge gesehen.

Über diesen allgemeinen Zusammenhang hinaus bietet die ideologietheoretische Herangehensweise keine kohärente Antwort auf die Frage, warum populistische Parteien erfolgreich sind. Ökonomische oder andere sozialstrukturelle Veränderungen werden nicht systematisch in Betracht gezogen. Gemäß der von Mudde proklamierten Abkehr von einer Erforschung der Nachfrage nach populistischen politischen Angeboten sollen stattdessen die Parteien selbst und ihre politischen Angebote im Mittelpunkt stehen. Ökonomische Positionen der Parteien entspringen in dieser Perspektive schlicht den jeweiligen, nicht-ökonomischen ideologischen Kernelementen der Parteiideologien.

Die breite Akzeptanz der Populismus-Definition des *ideational approach* ist also durch eine schwache theoretische Fundierung erkaufte, die wiederum die versprochene präzise Abgrenzung des Phänomens in Zweifel zieht. Dieser Ansatz lässt nicht nur weitgehend die gesellschaftlichen Umstände außer Betracht, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird, sondern auch die Frage, wie in verschiedenen politischen Kontexten mit populistischer Ideologie auf diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse reagiert wird. Ob linke oder rechte populistische Parteien etwa plausible Antworten auf die genannten Legitimationsprobleme demokratischer Systeme bieten – und wenn nicht, warum sie dennoch Zuspruch erhalten –, ist hier nicht weiter von Interesse. Obwohl also der Ideologiebegriff im Zentrum steht, bleibt unklar, wie Ideologien im Allgemeinen und autoritäre Ideologie im Besonderen funktionieren.

Gegenstand des dritten Kapitels sind die heterogenen Cleavage-Theorien. Anders als der *ideational approach* stellen sie Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Konfliktlinien in den Mittelpunkt ihres Denkens über Populismus. Sie versuchen also von Haus aus, soziale und politische Entwicklungen miteinander zu verbinden. Dabei ist der Wandel des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die entscheidende Hintergrundgeschichte für den Aufstieg populistischer Parteien, allerdings betonen die verschiedenen Ansätze unterschiedliche Aspekte dieser Entwicklung. Während die politische Kulturforschung aufgrund des Übergangs zu postindustriellen Gesellschaften international eine abnehmende Bedeutung des Klassenkonflikts zugunsten neuer, kultureller Polarisierungen beobachtet, kommt es der Politischen Ökonomie zufolge durch die kapitalistische Globalisierung zu national variierenden Schocks, die je spezifische Verteilungskämpfe provozieren. Beide Ansätze versuchen indes, sowohl kulturelle als auch ökonomische Konflikte in ihren Erklärungen zu berücksichtigen.

Der zentrale Zusammenhang zwischen sozialen Modernisierungsprozessen und politischer Veränderung liegt laut den Cleavage-Theorien in den interessen- geleiteten, zweckrationalen Wahlentscheidungen der Bürger*innen. Sozialstruktureller Wandel tritt hier stets in Form einer (massenhaften) Veränderung individu-

eller Einstellungen auf. Der Angebotsseite der Politik sowie kollektiven Identitäten wird dagegen kaum Einfluss auf die politische Positionierung der Bürger*innen zugestanden, sie sind Produkte und Verarbeitungsformen des vorausgehenden Wandels. Im Laufe der Untersuchung ist deutlich geworden, dass dieses gewissermaßen naiv-demokratische Vorurteil, demzufolge die Einstellungen der Mehrzahl der Bürger*innen einer demokratischen Gesellschaft den politischen Ausschlag geben, zu spezifischen Problemen führt. Denn die Cleavage-Theorien operieren mit einem engen Begriff von Demokratie, der lediglich Institutionen und Regeln für den Machterwerb und -gebrauch erfasst. Das genuin Politische, also die Formung von Identitäten und Interessen auch durch politische Agitation und Ideologien, können sie – trotz einiger Bemühungen – kaum integrieren. Denn ihre Grundidee, politische Veränderungen an sozialstrukturelle Modernisierungsprozesse zu knüpfen, verlangt eine möglichst direkte Zurechenbarkeit von erkennbaren, gegebenen Interessen und darauf ausgerichteten Einstellungen. Diese vermeintlich gegebenen Interessen erklären allerdings den Erfolg der spezifischen Programmatik, Ideologie und Rhetorik populistischer (rechter) Parteien nicht hinreichend. Versuchen die Cleavage-Theorien nun aber diese Lücke zu schließen, indem sie der politischen Konstruktion von Identitäten und der agitatorischen Beeinflussung der Wähler*innen mehr Einfluss einräumen, stellen sie zugleich ihre eigene Voraussetzung infrage. Interessen können nicht zugleich als für sich unpolitische, quasi naturwüchsige Ausdrücke sozialer Prozesse *und* als Resultat politischer Auseinandersetzungen gedacht werden.

Insbesondere autoritäre Ideologien lassen sich mit diesem vorgefassten Modell nicht analysieren. So ist die Darstellung der politischen Kulturforschung kaum plausibel, dass die sogenannten »kulturellen« Frontstellungen, die vor allem die Agenden populistischer rechter Parteien bestimmen, quasi naturwüchsig aus einem Konflikt zwischen Anhänger*innen verschiedener Werte resultieren sollen. Auch die Politische Ökonomie kann letztlich nicht erklären, wieso ökonomische Interessenkonflikte durch »kulturelle«, nicht-ökonomische Themen mobilisiert werden können.

Sowohl die Cleavage-Theorien als auch der *ideational approach* werden der Bedeutung politischer Repräsentation, Agitation und ideologischer Beeinflussung nicht gerecht. So kann auch der Zusammenhang zwischen »kulturellen« und »ökonomischen« Interessen und Konflikten nicht geklärt werden. Werden diese nicht nachvollziehbar begrifflich voneinander unterschieden, dann bleiben sie letztlich theoretisch beziehungslos, obwohl sie politisch und gesellschaftlich offensichtlich miteinander verschränkt sind. Erneut ist dabei die Frage nach der Funktionsweise und Bedeutung autoritärer Ideologie virulent. Wie wird diese Überlagerung verschiedener Interessen und Diskurse politisch von populistischen rechten Parteien ausgenutzt? Die Cleavage-Theorien versuchen die für ihr Konzept irritierende Irrationalität autoritärer Ideologie durch eine Verschiebung ins Nicht-Politische zu

bannen. Die politische Kulturforschung erklärt die Neigung zu autoritärer Ideologie zu einer Wertüberzeugung, also zu einer individuell variierenden Eigenschaft, die auf anthropologische oder psychologische Schutzreaktionen zurückgehen soll. Und die Politische Ökonomie beharrt darauf, dass autoritäre Ideologie selbst dort, wo sie irrational erscheint, doch auf verstehbare ökonomische Interessen der Bürger*innen zurückgeht. Die Möglichkeit, dass Bürger*innen mit Hilfe von Ideologien auch manipulativ *entgegen* mancher ihrer eigenen Interessen politisch mobilisiert werden können, findet hier keine Berücksichtigung. Die subjektive Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie bleibt also letztlich unerforscht und unverbunden mit den Ebenen der Sozialstruktur und der Politik. Zu dieser Entpolitisierung gehört auch, dass der Populismus gänzlich getrennt von autoritärer oder sonstiger Ideologie diskutiert wird. Er ist ein nachrangiger Begriff, der den Erklärungen der Cleavage-Theorien letztlich nichts hinzufügt.

Das vierte Kapitel ist schließlich den radikaldemokratischen Populismustheorien gewidmet. Anders als beim *ideational approach* und den Cleavage-Theorien steht hier ein außerordentlich weiter Demokratie- und Politikbegriff im Zentrum. Die moderne Demokratie gilt Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Margaret Canovan als eine historisch spezifische Verbindung liberaler und demokratischer Traditionen. Populismus begreifen sie innerhalb dessen als einen urdemokratischen Impuls, der einer bestimmten Logik folgend die Ansprüche auf Partizipation, Volkssouveränität und Gleichheit immer wieder ins Spiel bringt. Dieser Impuls ist ein Produkt der Französischen Revolution, er ist seit ehedem eng mit den in diesem Zusammenhang eingesetzten demokratischen Legitimitätsgrundlagen verbunden. Populismus steht also hier nicht nur – anders als im *ideational approach* und in den Cleavage-Theorien – in einem ausdrücklich positiven Verhältnis zur Demokratie. Er ist sogar einer ihrer wesentlichen Bestandteile, letztlich gar ihr Kern. Als solcher kann und soll er nicht abgeschafft werden, sondern dient als Korrektiv gegen (neo-)liberale oder konservative Verengungen der Demokratie. Diese Emphase der Demokratie spitzen die radikaldemokratischen Autor*innen noch weiter zu, indem sie den Populismus regelrecht mit politischem Handeln als solchem gleichsetzen. Vor allem in Laclaus und Mouffes Ontologie der Politik kommt dem Populismus ein hoher Stellenwert zu, da er exemplarisch demonstrieren soll, wie politische Identitäten überhaupt erst durch antagonistische, diskursive Grenzziehungen geschaffen werden. Repräsentation ist demnach ein rein symbolischer, diskursiver Prozess, da nur ein politischer Signifikant überhaupt politische Bedeutung stiften kann.

Diese Politikontologie der Radikaldemokratie schätzt allerdings sowohl die Bedeutung sozialer Prozesse als auch die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung gering. Sie räumt politischen Prozessen ein Primat ein und klammert damit jegliche Eigenlogik, Verselbstständigung oder Verdinglichung sozialer Entwicklungen und Institutionen aus. Schon in der historischen Herleitung unterschätzen die Radikaldemokrat*innen den bürgerlichen Charakter der Französischen Revo-

lution. Und auch mit Blick auf gegenwärtige Demokratien blenden sie aus, wie kapitalistische, nationalstaatlich verfasste Gesellschaften dem demokratischen Imaginären immer wieder Grenzen aufzeigen.

Die ökonomischen Verhältnisse spielen dementsprechend bei radikaldemokratischen Ansätzen nur eine untergeordnete Rolle. Zwar denkt Margaret Canovan darüber nach, inwiefern populistische Mobilisierungsprozesse ökonomische Probleme politisch in Fragen demokratischer Legitimität übersetzen. Und auch der frühe Laclau legte zunächst einen anspruchsvollen Versuch vor, populistische Ideologie in einen traditionelleren, auf Klassenkämpfe fokussierten Marxismus zu integrieren. Weder hier noch dort findet aber eine Auseinandersetzung mit konkreten politisch-ökonomischen Entwicklungen und mit ihren politischen Folgen statt. In ihrer postmarxistischen Phase legten Laclau und Mouffe den analytischen Kapitalismusbegriff und das marxistische Emanzipationskonzept dann auch ad acta und setzten stattdessen das Politische als Grundprinzip des Sozialen ein. Das führte, etwa bei Mouffe, dazu, dass die soziale Bedingtheit politischen Handelns vernachlässigt wurde, bis hin zur Formulierung einer selbst mitunter populistisch anmutenden, personalisierenden Beschreibung kapitalistischer politischer Ökonomie. Jegliche Gesellschaftstheorie wird bei radikaldemokratischen Ansätzen also auf eine politische Theorie mit wenigen Grundbegriffen reduziert. Der Erfolg populistischer Parteien wird demnach ausschließlich auf (im engeren Sinne) politische Gründe zurückgeführt. So prangert etwa Chantal Mouffe immer wieder die postpolitische inhaltliche Annäherung der Mainstream-Parteien an.

Da Politik hier mit einer als im Kern anti-elitär angesehenen Demokratie in eins fällt, erhält auch autoritäre Ideologie nur wenig Aufmerksamkeit. Die selbst antiautoritär geprägten Radikaldemokrat*innen bejahen den Populismus umstandslos als eine emanzipatorische Kraft, sie betrachten ihn als eine Form des Kampfs nicht-privilegierter Gruppen gegen Mächtigere. Sie setzen voraus, dass alle politischen Mobilisierungsprozesse, auch autoritäre Formen, einen rationalen Kern begründeter und berechtigter Forderungen enthalten. Autoritäre Ideologie ist für sie niemals selbst die treibende Kraft, weshalb sie ihre Themen, Funktionen und Strukturen nicht eigens untersuchen. Die Ambivalenz der populistischen Anrufung des Volkes deuten Radikaldemokrat*innen stets optimistisch, während sie für die ebenso vorhandene, permanente Möglichkeit einer autoritären Entwicklung kaum Interesse zeigen.

In den Kapiteln zwei bis vier wurde also argumentiert, dass sich die verschiedenen Forschungsansätze jeweils Probleme einhandeln, indem sie stark auf einen Aspekt des Erfolgs populistischer Parteien fokussieren, ohne diesen Fokus aber zu reflektieren. Im Mittelpunkt stehen *entweder* Ideologien *oder* sozialstrukturelle Veränderungen *oder* Funktionslogiken der modernen Demokratie. Das ist vor dem Hintergrund verschiedener Traditionen sowie der durch Konkurrenz und (sub-)disziplinäre Arbeitsteilung geprägten Organisation akademischer Forschung insgesamt nicht gänzlich überraschend, und aus Perspektive der einzelnen For-

scher*innen möglicherweise nur schwer anders praktikierbar. Dennoch stößt diese inhaltliche Arbeitsteilung angesichts des hochgradig gesellschaftlich vermittelten Phänomens des Erfolgs populistischer Parteien an Grenzen. Die gegenwärtigen Populismustheorien scheitern jeweils daran, die beobachtbaren Veränderungen hinsichtlich der Sozialstruktur, der politischen Nachfrage und des parteipolitischen Angebots plausibel zueinander ins Verhältnis zu setzen. Politische und soziale Phänomene bleiben in allen Ansätzen einander äußerlich oder werden letztlich auf eins von beiden reduziert. Wie die verschiedenen herausgearbeiteten Widersprüche und Leerstellen zeigen, zeitigen diese sozialwissenschaftlichen Trennungen oder Vereinseitigungen unbefriedigende Ergebnisse, da sich die Zusammenhänge zwischen den Phänomenen immer wieder Geltung verschaffen. Ideologie, soziale Verhältnisse und politische Entwicklungen sind (auch) in westlichen, demokratischen Gesellschaften durch herrschaftsförmige Verhältnisse miteinander verschränkt. Diese Herrschaftsförmigkeit nehmen die gegenwärtigen Populismustheorien allerdings kaum wahr. Stattdessen gehen sie in diesem spezifischen Sinne unkritisch von den gegebenen politischen Institutionen, den vorhandenen Einstellungen und den beobachtbaren sozialen Entwicklungen aus. Sie unterstellen zweckrationale Wirkungszusammenhänge und weitgehend freie Handlungsmotive, wo genau das fraglich erscheint. Das zeigt sich besonders daran, dass die Funktion und die Bedeutung autoritärer Ideologie in einem Modell von politischem Angebot und politischer Nachfrage nicht verständlich werden. Die konkrete Darstellung dieser – trotz aller Unterschiede – *geteilten* Schwierigkeiten der verschiedenen Ansätze ist das zentrale Ergebnis der begriffszentrierten Analyse.

Im fünften Kapitel schließlich wird daher zunächst argumentiert, dass sich die verschiedenen Probleme, Leerstellen und Vereinfachungen der gegenwärtigen Forschungsansätze nur teilweise mithilfe der Kritik und der Ergänzungen der jeweils anderen aufheben lassen. Obwohl sie durchaus stärker als bisher voneinander lernen könnten, teilen sie doch zugleich einen Mangel an gesellschaftstheoretischer Reflexion. Diese Reflexion lässt sich nicht überspringen oder erst nachträglich einfügen, da sie den verschiedenen, empirisch untersuchbaren Zusammenhängen erst eine plausible Bedeutung zuweisen kann. Einige Elemente einer solchen Reflexion wurden deshalb anschließend unter Rückgriff auf verschiedene Modelle kritischer Autoritarismustheorien entworfen.

Die kritischen Theorien Theodor W. Adornos, Max Horkheimers und Leo Löwenthals einerseits, Stuart Halls andererseits, blicken aus einer spezifischen historischen wie auch epistemischen Perspektive auf autoritäre Ideologie. In der Tradition der marxistischen Gesellschaftskritik teilen sie die Absicht, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen, in denen und durch die autoritäre Ideologie wirkmächtig ist. Daher versuchen sie, sie als Klassen- und Herrschaftsstrukturen zu verstehen. In Kapitel fünf ist dargestellt, dass sie dazu einen mindestens dreidimensionalen Begriff von politischer Ideologie entwerfen.

Erstens vollziehen sich die Produktion und die Rezeption politischer Ideologien in antagonistischen, herrschaftsförmigen Verhältnissen. Sie sind umkämpft, da sie von Parteien als Instrument zur Durchsetzung konkurrierender Interessen gesellschaftlicher Gruppen im Ringen um politische Hegemonie verwendet werden. Die erfolgreiche Verbreitung einer Ideologie hängt dabei nicht zuletzt von den Ressourcen mächtiger Gruppen ab. Zweitens muss eine politisch artikulierte Ideologie zugleich die subjektiven Bedürfnisse und das Alltagsbewusstsein ihrer Rezipient*innen berücksichtigen. Und drittens kämpfen die konkurrierenden Hegemonieprojekte auf einem historisch entstandenen diskursiven Terrain mit spezifischen kulturellen Traditionen, die sie nicht ohne Weiteres ignorieren können.

Durch die kritischen Theorien kann also eine neue Perspektive eröffnet werden. Diese Perspektive überwindet die schlechte Alternative, den Erfolg populistischer Parteien entweder von der Nachfrageseite oder von der Angebotsseite zu erklären, ihn entweder auf veränderte Interessenkonflikte, auf parteipolitische Strategien oder auf demokratische Diskurslogiken zurückzuführen. All diese Aspekte sind bedeutsam, aber sie sind auch – was bislang vernachlässigt wurde – auf spezifische Weise miteinander verknüpft. Politische Repräsentation ist ein Aspekt von und ein Handeln in gesellschaftlichen Kämpfen um politische Hegemonie. Die inhaltlichen Positionierungen und das politische Handeln populistischer Parteien sind vor dem Hintergrund dieser Hegemoniekämpfe zu deuten. Der Ideologie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. In demokratischen Gesellschaften kann politische Agitation – auch jenseits populistischer Parteien – stets auf Elemente des demokratischen Imaginären Bezug nehmen: die Herrschaft des Volkes, Gerechtigkeit für die von der Elite unterjochten Underdogs, Selbstbestimmung des Demos, Gleichheit, Freiheit von Unterdrückung etc. Zugleich existieren gesellschaftlich hervorgebrachte und reproduzierte ideologische Schemata, die der populistischen Tendenz zur Personalisierung politischer Konflikte entgegenkommen, die in der Gegenüberstellung von böser Elite und gutem Volk angelegt ist. Adorno deutet etwa Erscheinungen wie Unwissenheit, Konfusion, eine starke Identifikation mit dem Gegebenen und stark stereotypes Denken als subjektive Auswirkungen spezifischer gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, die eine Manipulierbarkeit entgegen den eigenen Interessen begünstigen. Um dem Rechnung zu tragen, muss der enge Interessenbegriff, den die sozialwissenschaftlichen Theorien verwenden, um psychologische Motive erweitert werden. Vorurteile und insbesondere autoritäre Ideologien können dann als Angebote einer nur emotionalen, mithin zwar irrationalen, trotzdem aber zunächst befriedigenden Flucht aus gesellschaftlicher Bedrängnis verstanden werden.

Die ideologische Einbindung dieser Elemente hat auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite praktische Bedeutung. Den Adressat*innen machen politische Ideologien ein entlastendes Angebot zum Deuten und Ordnen alltäglicher Erfahrungen, das Letztere erträglicher macht. Zugleich organisieren Ideologien diese

Erfahrungen im Rahmen spezifischer Diskurse, und zwar mit Blick auf partikuläre politische Interessen, die nicht unmittelbar erkennbar sein müssen. Von diesem kritischen Verständnis von politischer Ideologie im Allgemeinen und autoritärer Ideologie im Besonderen ausgehend, werden im fünften Kapitel Entwicklungspotenziale der gegenwärtigen Theorien benannt, welche eine gegenseitige Kritik eröffnet. Es werden aber auch Impulse der kritischen Theorien herausgearbeitet, die sich die Forschung allererst aneignen müsste.

Entwicklungspotenziale bestehen überall dort, wo die gegenwärtigen Populismustheorien von ihren jeweiligen Ausgangspunkten selbst schon Ideen entwickeln, die über die Trennung von Teilzusammenhängen hinausweisen. Es spricht auch für die Einschlägigkeit der vorgestellten kritischen Modelle, dass die untersuchten Populismustheorien ihnen mit einigen Intuitionen schon nahe kommen – wenngleich nur in Form vorläufiger Überlegungen oder Entwürfe, die bislang ohne forschungspraktische Bedeutung bleiben.

Alle untersuchten Theorien leisten unverzichtbare Beiträge, die wechselseitig miteinander ins Gespräch gebracht werden müssen. Die Cleavage-Theorien bestehen darauf, soziale Konflikte zum Ausgangspunkt der Erklärung populistischer Wahlerfolge zu nehmen, und liefern so aufschlussreiche empirische Beschreibungen. Zugleich behält etwa Cas Mudde recht, wenn er meint, dass veränderte Werte oder Einstellungen nicht allein den Erfolg populistischer radikal rechter Parteien erklären können. Da diese Werte auch Teil von Mainstream-Ideologien sind, kann statt von einer quantitativen Zunahme bestimmter Einstellungen eher von deren politischer Aktivierung gesprochen werden. Vor dem Hintergrund dieses Primats des politischen Angebots über die Nachfrage wird von den Vertretern des *ideational approach* zu Recht gefordert, die institutionellen Arrangements westlicher Demokratien als Ermöglichungsbedingungen und Begrenzungen populistischer Mobilisierung zu berücksichtigen.

Dem Grundproblem der gegenwärtigen Populismustheorien, dass für sie soziologische und politikwissenschaftliche Erklärungen stets unvereinbar sind oder im Widerspruch zueinander stehen, begegnen Dani Rodrik und Simon Bornschier jeweils mit Reflexionen dazu, inwiefern kollektive Identitäten, Weltbilder und sogar Interessen politisch beeinflusst oder politisch konstruiert sind. Rodrik stößt zu den politischen und ideologischen Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Interessengegensätzen und diskriminierenden Diskursen durch, indem er noch deren Irrationalität als politisch zweckrational ausweist. Populistische rechte Parteien weichen demnach auf kulturalistisch-autoritäre Themen aus, um zu verbergen, dass ihre ökonomischen Programme den Klasseninteressen ihrer Anhänger*innen zuwiderlaufen. Simon Bornschier bricht die starre Kopplung von Sozialstruktur und manifesten parteipolitischen Konfliktlinien auf, indem er das politische Handeln der Parteien als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen beiden darstellt. Politische Ideologien werden demnach wesentlich durch Parteien gestaltet und am Leben er-

halten. Ähnlich ließe sich Ernesto Laclaus diskurstheoretischer Beitrag produktiv machen. Mittels politischer Identitäten, die immer erst hergestellt werden müssen, werden spezifische soziale Forderungen aufgegriffen und durch Bezugnahme auf Elemente des demokratischen Imaginären politisiert. Entsprechend muss die wissenschaftliche Entschlüsselung dieses Vorgangs selbst auch diskurstheoretisch vorgehen. Chantal Mouffe schließlich weist immer wieder auf hegemoniale Aspekte der Auseinandersetzungen zwischen populistischen und nicht-populistischen Parteien hin. Nicht nur der Populismus, sondern beide Seiten versuchen, ihre politischen Interessen ideologisch abzusichern.

Da diese Möglichkeiten der Weiterentwicklung jedoch mangels eines adäquaten theoretischen Rahmens blockiert sind, bedarf es der Modelle der gesellschaftskritischen Theorien. Deren Ausgangspunkt, Ideologie als Produkt von und Machtmittel in allseitig vermittelten, herrschaftsförmigen und antagonistischen Verhältnissen zu betrachten, ermöglicht entscheidende Fortschritte. Die genannte Intuition, dass Interessen und Identitäten, ökonomische und kulturelle Spaltungslinien sowie soziale Entwicklungen und politische Veränderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, wird in diesem Rahmen schlüssiger formuliert. Sowohl die Frankfurter als auch die gramscianische kritische Theorie denken die politische Produktion und Rezeption von Ideologie eingebettet in einen Kontext von Kämpfen um politische Hegemonie. Klasseninteressen sind für sie dabei der Kern ideologischer Konflikte, Erstere determinieren aber weder diese politischen Konflikte, noch sind sie notwendigerweise deren vordergründiger Inhalt. Denn die strategische Bearbeitung durch mächtige Gruppen bestimmt die ideologische Erscheinungsform dieser Interessen. Die Spielräume für diese Bearbeitung sind allerdings unter anderem durch das vorhandene Alltagsbewusstsein, demokratische Legitimitätsformen und Institutionen sowie konkurrierende Ideologieangebote begrenzt. Stuart Hall und die an ihn anknüpfenden Theoretiker*innen beleuchten in diesem Zusammenhang eine bislang in der Populismusforschung beinahe völlig übersehene Dimension politischer Konflikte: Auch die Institutionen westlicher Demokratien selbst unterliegen einem historischen autoritären Wandel, der wiederum populistische Mobilisierungen begünstigt.

Ein weiterer Fortschritt der kritischen Autoritarismustheorien gegenüber der gegenwärtigen Populismusforschung besteht darin, dass die Herstellung politischer Identitäten auch im Zusammenspiel mit den beherrschten Subjekten gedacht wird. Dass subjektive politische Identitäten und Einstellungen machtvoll und teilweise sogar entgegen den tatsächlichen Interessen geformt werden, ist nur durch das aktive Entgegenkommen der Subjekte selbst möglich. Vor allem Adorno bietet hier produktive sozialpsychologische Erklärungen für die Manipulierbarkeit von Teilen der Gesellschaft durch autoritäre Demagogie. Er bezieht sich dabei nicht auf scheinbar universell menschliche psychische Mechanismen, sondern zeichnet nach, dass die herrschaftsförmige soziale Ungleichheit in kapitalistischen Ge-

sellschaften bis in das Subjekt hineinwirkt. Die Aggression gegen Schwache und »die anderen« kann so als eine psychische Ersatzbefriedigung begriffen werden. Sie hilft, Angst zu verdrängen und Wut zu legitimieren – zwei Gefühle, die aus Deprivation und gebrochenen demokratischen Versprechen genährt werden. Mit diesen Überlegungen wird das in der Populismusforschung verbreitete Verständnis von Wahlentscheidungen als wesentlich interessengeleitet grundsätzlich infrage gestellt. Adornos Analysen weitverbreiteter autoritärer ideologischer Schemata vertiefen zudem das Ideologieverständnis des *ideational approach* und der Cleavage-Theorien. Nicht allein Parteien beeinflussen verbreitete ideologische Elemente, sondern die entfremdeten spätkapitalistischen Verhältnisse in einem viel umfassenderen Sinne leisten autoritären Denkweisen Vorschub.

Für die zukünftige Forschung ergeben sich daraus mindestens folgende Desiderate:

Erstens muss bei der vergleichenden Untersuchung linker und rechter populistischer Parteien der funktionale Unterschied zwischen bürgerlichen und sozialistischen Ideologien einerseits und autoritären Ideologien andererseits berücksichtigt werden. Die populistischen Ideologien linker und rechter Parteien sollten aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionsweisen stärker getrennt untersucht werden.

Zweitens müssen engere Bezüge hergestellt werden zwischen dem langfristigen internationalen Wertewandel und den sich verändernden politisch-ökonomischen Verhältnissen sowie hegemonialen Konflikten. Wie wurden und werden die autoritären und libertären Pole der Weltanschauungen parteipolitisch nutzbar gemacht? Welche ökonomischen und anderen Diskriminierungsverhältnisse werden durch bestimmte »kulturelle« Argumentationsmuster verstärkt oder geschwächt? Umgekehrt muss die Politische Ökonomie in ihren Analysen der Wahlerfolge populistischer Parteien auch deren sozialpolitische Positionen systematisch untersuchen: Zugunsten welcher Wirtschaftspolitik werden die Interessen der Subalternen mittels »kulturalisierter« Ansprache jeweils eingespannt, desartikulierte und verschoben?

Drittens sollten ökonomische und wertbezogene Konflikte nicht als alternative Erklärungen gegeneinander positioniert, sondern als Elemente desselben historischen und gegenwärtigen politischen Zusammenhangs untersucht werden. Statt lediglich zu analysieren, welche Modernisierungsprozesse für den Erfolg populistischer (rechter) Parteien den Ausschlag geben, sollte umfassender politiktheoretisch gefragt werden: Auf welche gesellschaftlichen Veränderungen und im Zuge welcher hegemonialen Auseinandersetzungen reagiert der (autoritäre) Populismus mit seiner Indienstnahme von Wert- und Lebensstilfragen?

Die in der Einleitung dieser Arbeit umrissene inkohärente und diffuse öffentliche Diskussion über Populismus als Erscheinungsform gesellschaftlicher Krisen ist durchaus richtungsweisend. Denn im Erfolg des Populismus überlagern und verdichten sich in der Tat verschiedene krisenhafte Veränderungen. Effektive Antwort-

ten auf den mittlerweile bedrohlichen Einfluss populistischer radikal rechter Parteien sind dringend geboten. Aber jede Antwort, die nicht den Status quo verteidigen, sondern einen Beitrag zur überfälligen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse leisten will, muss die zugrunde liegenden Krisen und ihre politischen Erscheinungsformen verstehen. Dafür sind sozialwissenschaftliche Analysen unabdingbar. Da aber alle Krisen in Herrschaftsverhältnissen stattfinden und ihre politische Bearbeitung immer Teil von Hegemoniekämpfen ist, muss auch ihre Analyse um eine gesellschaftskritische Perspektive erweitert werden. Sie zu entwickeln, ist angesichts der spezifischen Organisation akademischer Forschung allgemein und der Vielstimmigkeit der Populismusforschung im Besonderen kein leichtes Unterfangen. Die Schwächung des modernisierungstheoretischen Erbes des Populismusbegriffs ist in dieser Hinsicht eine Gelegenheit, neu über theoretische Grundlagen zu streiten. Zudem ist mit dem Fortwirken der radikaldemokratischen Tradition Laclaus und Mouffes in der Populismusforschung – trotz der theoretischen Schwächen dieses Ansatzes – nach wie vor der Anspruch verknüpft, Populismus im Rahmen einer Theorie des Politischen oder gar der Gesellschaft zu begreifen. Die hier herausgearbeiteten Modelle kritischer Theorien können dafür hoffentlich Einstiege und Anregungen bieten.